

Überwindung der Wirtschaftskrise

Nach Beginn der NS-Herrschaft gingen die Arbeitslosenzahlen stark zurück; von 1933 25,9 % auf 1939 0,5 %. Umstritten ist allerdings unter Historikern, ob dieses „Wirtschaftswunder“ überwiegend auf die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik zurückzuführen oder einer seit 1932 einsetzenden Erholung der Weltwirtschaft zu verdanken war. Ebenso offen ist die Frage, ob die Wirtschaftserholung um 1935 Voraussetzung oder Folge der Aufrüstung war. Einigkeit herrscht dagegen in der Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung: 1933 war die Talsohle der Weltwirtschaftskrise bereits durchschritten, was auch die Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft verbesserte.

- Zur Überwindung der Wirtschaftskrise trugen **Arbeitsbeschaffungsprogramme** bei. Dabei griff das NS-Regime in Ermangelung eines eigenen klaren Wirtschaftskonzeptes auf Investitionsprogramme* sowie auf Überlegungen zur Steuerentlastung der Industrie aus der Weimarer Zeit zurück. Zu weiteren Maßnahmen gehörten **staatliche Investitionen**: große Rüstungsaufträge, aufwändige Bauvorhaben wie das Reichsparteitagsgelände in Nürnberg oder der bereits in den 1920er-Jahren begonnene **Autobahnbau**.

- Darüber hinaus trugen weitere Faktoren zur Entlastung des Arbeitsmarktes bei: die Einführung der **zweijährigen Wehrpflicht**, die Einführung des zunächst freiwilligen, ab 1935 verpflichtenden halbjährlichen „**Reichsarbeitsdienstes**“ (RAD) für die männliche Bevölkerung zwischen 18 und 21 Jahren und die Einführung eines Ehestandsdarlehens, wenn Frauen ihren Beruf aufgaben. Außerdem wurde der **Konsum** gefördert: durch Steuererleichterungen und -befreiungen wie die der Autobesitzer von den Kfz-Steuern, die Absenkung der Umsatzsteuer im Großhandel (1934) sowie das Einkommensteuergesetz (1934), das die Abschreibung* kurzlebiger Wirtschaftsgüter begünstigte.

Rüstungspolitik

- Die Ziele im Rüstungsbereich erhielten spätestens ab 1936 mit dem **Vierjahresplan** absolute Priorität, um die Pläne eines Krieges um „Lebensraum“ für das deutsche Volk zu verwirklichen. Waren schon seit 1933 die Rüstungsausgaben deutlich angewachsen, wurde die Wirtschaft nun explizit auf Kriegsproduktion umgestellt. Sie sollte vor allem autark, d.h. unabhängig von Rohstoff- und Nahrungsmittelimporten aus dem Weltmarkt werden, hatte sich doch im Ersten Weltkrieg durch die britische Seeblockade die Anfälligkeit der deutschen Handelswege im Kriegsfall gezeigt. Die Abkoppelung von der Weltwirtschaft führte in der Realität zu stärkeren handelspolitischen Verbindungen mit Staaten in Südosteuropa und zur Förderung synthetisch hergestellter Rohstoffe (z. B. synthetischer Kautschuk). Mit der **Umstellung der Wirtschaft auf die Kriegs-**

produktion verband der NS-Staat auch massive Eingriffe in die privatwirtschaftliche Struktur. So war bereits 1933 ein Lohnstopp festgelegt worden und unternehmerische Entscheidungen wie Produktionsziele und Preisbildung wurden zunehmend staatlich reguliert.

15

Folgen

Von der rüstungspolitischen Ausrichtung der Wirtschaft profitierten in erster Linie die „modernen“ Industrien (Flugzeug-, Fahrzeugbau, Elektrotechnik, Chemie). Langfristig brachte sie jedoch nur einen **scheinbaren Aufschwung**: Die Familieneinkommen waren zwar durch das gestiegene Lohnaufkommen ehemaliger Arbeitsloser gestiegen; die Erhöhung zeigte sich jedoch vor allem in der größeren Sparquote, nicht in mehr Konsum. Ferner führte die Kriegsgüterproduktion dazu, dass hochwertige und veredelte Lebensmittel knapp wurden. Man ersetzte sie durch qualitativ minderwertige Ersatzangebote, z. B. weniger haltbare Stoffe bei Textilien oder Margarine bei den Nahrungsmitteln.

5

10

Problematisch war auch die explodierende **Staatsverschuldung**. Die damit verbundene Erhöhung der Geldumlaufmenge barg die Gefahr einer Inflation*, zumal die Staatsausgaben nicht durch erhöhte Steuern, sondern durch verdeckte Wechselgeschäfte* („Mefo“-Wechsel) finanziert wurden. Zusätzlich verschuldete sich die NS-Regierung durch die Aufnahme von Krediten bei der Reichsbank. Um die Schuldenfalle abzuwehren und ab 1939 die Kriegsproduktion zu erhöhen, erfolgte der **Zugriff auf private Vermögen** und private Spareinlagen ohne Wissen und ohne Zustimmung der Sparer. Darüber hinaus forcierte* das NS-Regime den **Raub jüdischen Vermögens**. Den enormen Kapitalbedarf des Reiches deckten jedoch vor allem Verordnungen zur Enteignung jüdischen Eigentums (s. S.418 ff.). Auch wurden über sieben Millionen ausländische Arbeitskräfte und Kriegsgefangene, insbesondere Polen, Ukrainer und Russen, gewaltsam nach Deutschland deportiert* und neben KZ-Häftlingen als **Zwangsarbeiter** eingesetzt.

15

20

25

① **Nennen** Sie Gründe für die Überwindung der Arbeitslosigkeit.

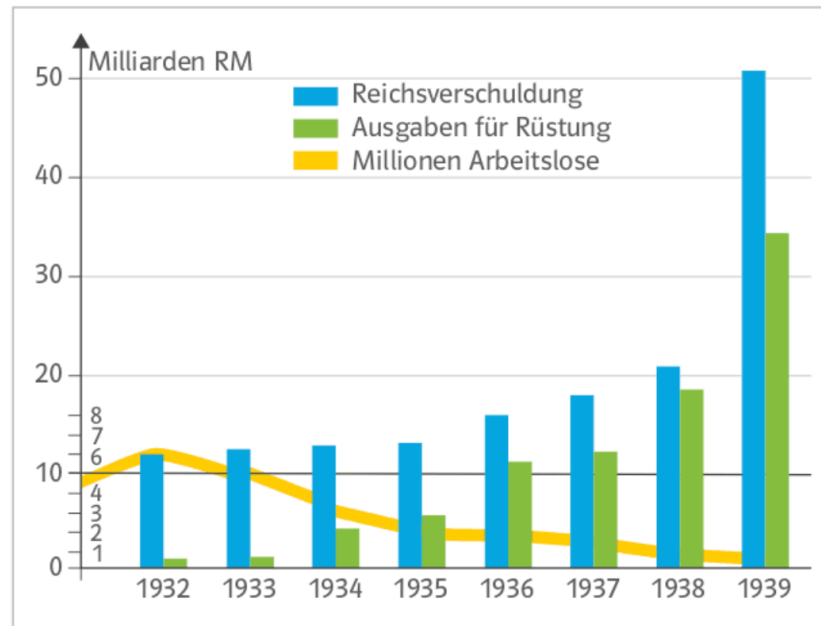
Arbeiter des „Reichsarbeitsdienstes“ beim Straßenbau in der Nähe von Meißen. Anfänglich wurden solche Vorhaben gezielt arbeitsintensiv angelegt, um möglichst viele Arbeitskräfte zu binden.



Propagandabild um 1938

- ② Treffen Sie mit Hilfe des Materials grundlegende Aussagen zur NS-Wirtschaftspolitik von 1933 bis 1939.

Daten nach: R. Erbe: Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 1933 bis 1939. Zürich 1958, S. 36 – 38.



Rüstung, Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung

	1928	1929	1932	1933	1934	1935	1936	1937
1. Bruttosozialprodukt (Mrd. RM)	–	89,0	58,0	59,0	67,0	74,0	83,0	93,0
2. davon Rüstungsausgaben (%)	–	1,0	1,0	3,0	6,0	8,0	13,0	13,0
3. davon Konsum (%)	–	72,0	81,0	78,0	75,0	72,0	65,0	64,0
4. Beschäftigung (Mio.; Jahresdurchschnitt)	–	18,4	12,9	13,4	15,5	16,4	17,6	18,9
5. Durchschnittliche Arbeitszeit in der Industrie (wöchentlich)	–	46,04	41,47	42,94	44,56	44,44	45,56	46,06
6. Löhne und Gehälter insgesamt (Mrd. RM)	44,9	–	27,4	27,7	31,2	35,4	37,7	41,5
7. Vermögens- und Unternehmereinkommen + unverteilte Gewinne insgesamt (Mrd. RM)	25,6	–	15,6	16,7	19,4	22,1	25,5	28,6
8. Wochenverdienste (Arb.) (Index 1932 = 100)	–	149,4	100,0	102,2	109,7	112,3	116,6	120,6
9. Produktionsgüterherstellung (Index 1928 = 100)	–	103,2	45,7	53,7	–	99,4	112,9	126,0

Nach: Timothy W. Mason: Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Westdeutscher Verlag, Opladen 1977, S. 149.

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland



[illegible]

Vierjahresplan

③ Markieren Sie Schlüsselwörter zum Vierjahresplan!

Q3 „Die deutsche Armee muß in 4 Jahren einsatzfähig sein“

Kurzer Text Adolf Hitlers aus dem Jahr 1936, der nur einigen Mitgliedern der engsten Führung vorgelegt wurde:

Wenn es uns nicht gelingt, in kürzester Frist die deutsche Wehrmacht in der Ausbildung, in der Aufstellung der Formationen, in der Ausrüstung und vor allem auch in der geistigen Erziehung zur ersten Armee der Welt zu entwickeln, wird Deutschland verloren sein! [...] Es haben sich daher dieser Aufgabe alle anderen Wünsche bedingungslos unterzuordnen. [...] Kurz zusammengefaßt: Ich halte es für notwendig, daß nunmehr mit eiserner Entschlossenheit auf all den Gebieten eine 100%ige Selbstversorgung eintritt, auf denen diese möglich ist, und daß dadurch nicht nur die nationale Versorgung mit diesen wichtigsten Rohstoffen vom Ausland unabhängig wird, sondern daß dadurch auch jene Devisen eingespart werden, die wir im Frieden für die Einfuhr unserer Nahrungsmittel benötigen. [...] Es sind jetzt fast 4 kostbare Jahre vergangen. Es gibt keinen Zweifel, daß wir schon heute auf dem Gebiet der Brennstoff-, der Gummi- und zum Teil auch in der Eisenerzversorgung vom Ausland restlos unabhängig sein könnten. [...] Genauso wie wir von 2 ½ Millionen t Eisenerz-Erzeugung auf 7 Millionen t stiegen, könnten wir 20 oder 25 Millionen t deutsches Eisenerz verarbeiten und, wenn notwendig, auch 30. Man hat nun Zeit genug gehabt, in 4 Jahren festzustellen, was wir nicht können. Es ist jetzt notwendig, auszuführen das, was wir können. Ich stelle damit folgende Aufgabe: I. Die deutsche Armee muss in 4 Jahren einsatzfähig sein. II. Die deutsche Wirtschaft muß in 4 Jahren kriegsfähig sein.

Wilhelm Treue: Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936.
In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 3/1956, H. 2, S. 204 f.



Cover der Broschüre „Der Vierjahresplan“, Januar 1941

- ④ **Vergleichen** Sie am Beispiel Autobahnbau öffentliche Ziele und reale Politik des NS-Staates.

Wolfgang Wippermann, Historiker (2000)

"Autobahnen sind keine Erfindung der Nationalsozialisten. Die erste deutsche Autobahn wurde 1921 mit der Avus in Berlin errichtet. 1927 legte die Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau einen Plan für ein Fernstraßennetz von 22 500 Kilometern Länge vor. 1932 wurde zwischen Bonn und Köln die erste Autobahn eingeweiht. Die seit 1926 vorliegenden Pläne zum Bau einer Autobahn Hamburg–Frankfurt–Basel (HAFRA-BA) konnten wegen der Wirtschaftskrise nicht verwirklicht werden. Erst Hitler griff sie kurz nach seiner Ernennung zum Reichskanzler auf. Am 27. Juni 1933 erließ er das „Gesetz über die Errichtung eines Unternehmens Reichsautobahnen“ und ernannte drei Tage später Fritz Todt zum „Generalinspekteur für das deutsche Straßenwesen“. Schließlich wurde noch im August 1933 die „Gesellschaft zur Vorbereitung der Reichsautobahnen e.V.“ gegründet. Am 23. September 1933 begann der Bau der ersten Teilstrecke Frankfurt–Darmstadt. Dies geschah unter einem großen Propagandaeinsatz. Hitler persönlich setzte den ersten Spatenstich. Die Einweihung weiterer Teil-

strecken wurde entsprechend gefeiert. Die Autobahnen wurden als Beweis und Mittel für die Überwindung der Arbeitslosigkeit gefeiert. Dabei waren Mitte 1936 gerade einmal 125 000 Menschen beim Bau der Autobahnen eingesetzt. Bei einer Gesamtbeschäftigtenzahl von damals über 18 Millionen war dies nicht viel. Die Verringerung der Arbeitslosenzahl, die von 6 Millionen im Jahr 1933 auf etwas über 1 Million zurückgegangen war, konnte schon rechnerisch nicht auf den Bau der Autobahnen zurückgeführt werden. Sie war Ergebnis der forcierten Aufrüstung. Tatsächlich wurden bis Kriegsbeginn nur 3 300 der geplanten 6 900 Streckenkilometer fertiggestellt. Der Autobahnbau wurde noch bis zur Jahreswende 1941/42 fortgesetzt, jetzt aber mit Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern, darunter auch Juden. Auch der militärische Nutzen war begrenzt. Die weitaus meisten Transporte der Wehrmacht erfolgten wegen Treibstoffmangels, Mangel an Autoersatzteilen usw. mit der Eisenbahn.

Zit. nach: Jürgen Stillig, Wolfgang Wippermann, Der Nationalsozialismus, Cornelsen, Berlin 2000, S. 54.

Geschichte kontrovers: NS-Wirtschaftspolitik

M6 Der deutsche Historiker Götz Aly (2006)

Die mannigfaltigen [...] Formen öffentlicher Habgier und nationalsozialer Bereicherung ermöglichten es, die Masse des Volkes mit einer Mischung aus milder Steuerpolitik, guter Versorgung und punktuell

5 Terror an den Rändern der Gesellschaft wenigstens ruhigzustellen. Das stimmungspolitische Optimum, das die NS-Führer anstrebten, bildete allerdings die gute Laune der Deutschen. Von ihr pflegte Goebbels zu sagen, sie „ist ein Kriegsartikel, unter Umständen

10 kann sie nicht nur kriegswichtig, sondern kriegsentscheidend sein“. Die materielle Stimulierung einer gehobenen deutschen Massenlaune auf Kosten anderer bildete das wesentliche – stets kurzfristig verstandene – Ziel des Regierens. So betrachtet, verwandelte die NS-Führung die Deutschen mehrheitlich

15 weder in Fanatiker noch in überzeugte Herrenmenschen. Vielmehr gelang es ihr, sie zu Nutznießern und Nutznießerchen zu machen. Nicht wenige steigerten sich in eine Goldgräberstimmung, in das Gefühl von einer nahen Zukunft, in der das Geld auf der Straße liegen würde. Wie sich der Staat im Großen in eine gewaltige Raubmaschinerie transformierte, wandelten sich gewöhnliche Leute in Vorteilsnehmer und passiv Bestochene.

*Zit. nach: Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, erw. Ausg., Fischer, Frankfurt/M. 2006, S. 360f.**

M7 Der deutsche Historiker Hartmut Berghoff (2007)

Der NS-Staat besaß keine eigene konsumpolitische Konzeption, weder im Sinne der Nachahmung des amerikanischen Massenkonsums noch in dem eines Alternativmodells. Stattdessen adaptierte er ziem-

5 lich willkürlich einzelne Versatzstücke unterschiedlichster Provenienz. [...] Letztlich verurteilten die Restriktionen der Rohstoff- und Devisenknappheit die Bemühungen um ein Ausbalancieren von „Kanonen“ und „Brot“ zum Scheitern. Daher war die Konsumpolitik auch so widersprüchlich. Die Konsumenten lebten im „Dritten Reich“ in einer „gespaltenen“ Lebenswelt. Obwohl sie z.T. unter gravierenden Versorgungsengpässen litten, kam es zu keinen für das Regime bedrohlichen Protesten. Der Bezugspunkt

10 für das Urteil der Menschen war die Weltwirtschaftskrise und daraus resultierte die Selbstwahrnehmung einer substanziellen Verbesserung ihrer Lebensumstände. In diesem Kontext fielen weitreichende Versprechungen auf fruchtbaren Boden, zumal die Pro-

paganda geschickt inszeniert wurde und sich Erfolge auf symbolträchtigen Gebieten wie Rundfunk, Kino und Tourismus einstellten. Hinzu kamen die trotz Aufrüstung möglichen Erfolge einiger Teile der Konsumgüterindustrie.

*Zit. nach: Hartmut Berghoff, Gefälligkeitsdiktatur oder Tyrannei des Mangels? Neue Kontroversen zur Konsumgeschichte des Nationalsozialismus, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (GWU) 09/2007, S. 502–518, hier S. 517f.**

M8 J. Adam Tooze, britischer Historiker (2007)

Bis 1935 hatte sich das deutsche Bruttoinlandsprodukt so weit erholt, dass es in etwa wieder den Stand von 1928 hatte. Das war zweifelsohne eine schnelle Genesung. Doch sie war keineswegs dem Gesundungsprozess überlegen, den man in den Vereinigten

5 Staaten mit einer völlig anderen politischen Mixtur erreichte. Ebenso wenig war die Jahreswachstumsrate dem Aufschwung in der Weimarer Republik überlegen, denn der war nach der schweren Rezession im Winter 1926/27 höher gewesen als jede Rate, die das „Dritte Reich“ je vorzuweisen haben sollte. Dass unter einer anderen Regierung eine vergleichbar schnelle Erholung stattgefunden haben könnte, ist daher sehr wohl vorstellbar. [...] Unbestreitbar ist jedoch, dass der tatsächliche Aufschwung deutlich den Stempel der NS-Regierung trug. Im Jahr 1935 lag der Privatverbrauch noch immer um 7 Prozent unter dem Niveau, das er vor der Wirtschaftskrise gehabt hatte, die privaten Investitionen lagen sogar um

10 22 Prozent darunter. Im Gegensatz dazu waren die Staatsausgaben um 70 Prozent höher als im Jahr 1928. Und dieser Fakt erklärt sich fast ausschließlich durch den Militärhaushalt. Es kann also gar keinen Zweifel daran geben, dass die Rüstung des „Dritten Reiches“ bereits 1934 oberste Priorität hatte. Zwischen 1933 und 1935 stieg der Anteil der Militärausgaben am Volkseinkommen von weniger als 1 Prozent auf nahezu 10 Prozent. Kein kapitalistischer Staat hatte je in so kurzer Friedenszeit eine Umschichtung des gesamten Sozialprodukts in solchem

15 Ausmaß vorgenommen. Allein in den ersten drei Jahren des Hitlerregimes betrugen die auf einen eng verflochtenen militärischen Industriekomplex konzentrierten Ausgaben zehn Milliarden Reichsmark. Und das konnte nur dramatische Folgen haben.

*Zit. nach: J. Adam Tooze, Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus, Siedler, München 2007, S. 91. Übers. Yvonne Badal.**

1 Gruppenarbeit: Vergleichen Sie die Texte M6–M8.

Tipp: Nutzen Sie die Hilfen auf Methodenseite 316.

2 Nehmen Sie auf der Basis Ihrer Ergebnisse Stellung



M7... NS-Wirtschaftspolitik

Berücksichtigen Sie hierbei Aspekte der Menschenrechte.